



Schrittmacher

Zeitung der DKP Berlin für die Charité- & Vivantes-Beschäftigten

August 2016

Konsequent gegen Sozialabbau und Privatisierung stimmen!

**Am 18. September
DKP wählen!**



Die Berlinerinnen und Berliner wählen am 18. September das neue Abgeordnetenhaus. Also Grund genug, kritisch die Leistungen der „alten Regierung“ zu hinterfragen – z.B. in der Gesundheitspolitik.

Die führenden Berliner PolitikerInnen rühmen sich, dass Berlin als „Gesundheitsstadt“ vor allem eine positive Bilanz in der Entwicklung für die Gesundheitswirtschaft aufzuweisen habe. „Das verdient unseren Respekt...“, meint Mario Czaja (Senator für Gesundheit und Soziales). Doch wie sehen das die Beschäftigten der Berliner Krankenhäuser, deren Arbeitgeber der Senat ist, also Charité, Vivantes, sowie die ausgegliederten tariflosen Betriebe wie etwa CFM? Sie können bilanzieren, dass sich in der jetzt endenden Wahlperiode des

Senats Arbeitsbelastung, Personalmangel, Spaltungsversuche der Belegschaft durch Schaffung von prekären Arbeitsverhältnissen, insbesondere bei den „ausgegliederten“ Betrieben, verstärkt haben. Mit Auswirkungen auf die Patienten. Ein jahrelanger Arbeitskampf und Solidarität Berliner Bürgerinnen und Bürger konnte jetzt erstmalig einen Tarifvertrag „Gesundheitsschutz und Mindestbesetzung“ durchsetzen. Da klingen die o.g. Worte von Senator Czaja eher zynisch. Ein weiteres Thema, an dem sich der Senat messen lassen muss, ist Zahlung von Krankenhaus-Investitionskosten. Laut Gesetz (Duales System) ist hierfür die Berliner Senatsgesundheitsverwaltung zuständig. Auch hier lässt sich das Versagen der politisch Verantwortlichen nicht verschleiern. Der Investitionsstau an den Berliner
➔ Fortsetzung auf Seite 2



**Ziel:
100 %
TVöD**

*... und in öffentlicher
Hand*

Weit unter dem TVöD liegen die Einkommen der 2006 von der Charité in die CFM ausgegründeten und damit tarifvertraglos gewordenen Beschäftigten und der dortigen Neueingestellten. Durch die Spaltung der Charité-Belegschaft erhofften sich Geschäftsführung von Charité und CFM leichteres Spiel bei der Umgestaltung des Gesundheitswesens in gewinnbringende Krankenhausfabriken und beteiligten Private am Gewinn. 2011 scheiterte der Kampf um einen Tarifvertrag. Die ver.di-Aktiven geben aber nicht auf, sind gut vernetzt, z.B. mit Vivantes. Sie haben aus der Niederlage gelernt. Die Lösung ist „Prekär und Tariffrei – nicht mit uns“. Der Berliner Senat soll sich nicht wieder seiner Verantwortung entziehen können. Die ausgegliederten Serviceleistungen sollen wieder komplett zurückgeführt werden – sowohl bei der Charité als auch bei Vivantes – und zwar mit Tarifvertrag TVöD.



Vivantes-Beschäftigte weiter aktiv!

Gegen Überlastung und Arbeitsverdichtung

Die Beschäftigten bei Vivantes haben sich viel vorgenommen. Zum einen wollen sie durchsetzen, dass alle Beschäftigten, auch die in den ausgegliederten Bereichen, nach TVöD bezahlt werden. (Der Schrittmacher berichtete). Doch nicht nur die fehlende Tarifbindung ist ein Problem, auch die übrigen Arbeitsbedingungen sind nicht gut: Überlastung und Arbeitsverdichtung sind auf vielen Stationen der Alltag. Hier machen sich die Kolleginnen und Kollegen nun auf den Weg, um per Tarifvertrag Entlastung zu schaffen. Derzeit diskutieren die Beschäftigten auf den Stationen, wie viel Personal sie auf ihrer Station eigentlich mindestens bräuchten. Und sie benennen aktive KollegInnen, die die Stationen auf den Versammlungen vertreten, dort über die Sicht ihrer Stationen berichten und die Informationen, die sie auf der dort bekommen, auf ihrer Station verbreiten.

Klar ist der Adressat der Forderungen: Der Berliner Senat als Arbeitgeber und als politischer Verantwortlicher für die Gesundheitsversorgung in Berlin und die Zahlung der Investitionskosten ist gefordert. Dazu wird er klare Aussagen machen und sich auch bei der Abgeordnetenhauswahl daran messen lassen müssen. Die Erfahrung mit der Charite zeigt, dass die Beschäftigten einen langen Atem brauchen werden.

Ziel der Gesundheitspolitik darf es niemals sein, dass private Krankenhauskonzerne, Pharmakonzerne, Krankenkassen und Hersteller von medizinischen Geräten Profite einfahren.

» Fortsetzung von Seite 1

Kliniken geht in die Milliarden. Aktuelles Beispiel ist der katastrophale Zustand bei Vivantes Neukölln, das Krankenhaus ist sozusagen selbst zum Notfall geworden. Das vom Senat nicht gezahlte Geld wird dann aus den Mitteln für das Personal genommen, die Personalnot also noch verschärft.

Gibt es zu dieser Politik eine Alternative? – JA, die gibt es!

Die DKP kandidiert in ganz Berlin für die Abgeordnetenhaus-Wahl sowie im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg für die BVV. Wir stehen konsequent für eine andere Politik. Nachstehend einen Auszug aus unserem Wahlprogramm:

Patienten heilen und pflegen! Nicht schröpfen!

Wir Kommunisten denken, Ziel der Gesundheitspolitik darf es niemals sein, dass private Krankenhauskonzerne, Pharmakonzerne, Krankenkassen und Hersteller von medizinischen Geräten Profite einfahren. Der Einfluss der Konzerne in der Medizin-Industrie muss entschieden zurückgedrängt werden.

Wir fordern:

- Die Privatisierung des Gesundheitswesens muss rückgängig gemacht werden.
- Die Gesundheitsversorgung und Lebenserwartung eines Menschen darf nicht von seinem Wohnort und seinem Kontostand abhängen.
- Alle Menschen müssen unabhängig von ihrem Wohnort schnellen Zugang zu allen Ärzten und Fachärzten haben.
- Die zahnärztliche Versorgung darf nicht zum großen Teil aus der Krankenversorgung ausgegliedert bleiben.

- Alle Geflüchteten in unserer Stadt und die Obdachlosen müssen eine gute medizinische Grundversorgung erhalten – und zwar ohne Wenn und Aber.

Ihre Stimme für die DKP ist eine konsequente Stimme gegen Privatisierung und Sozialabbau sowie für die Interessen der Lohnabhängigen und Erwerbslosen, der Rentner und der Jugendlichen. Deshalb: Am 18. September DKP wählen!



Aufruf an die Schrittmacher-Leserschaft

Liebe Leserin, lieber Leser, seit über 10 Jahren gibt es nun schon den Schrittmacher, der aller 2 Monate verteilt wird. Wir sind natürlich auch an Eurer Meinung interessiert. Schreibt uns Leserbriefe, gebt uns Hinweise und Tipps. Eure Briefe bitte an:

Deutsche Kommunistische Partei
Landesorganisation Berlin
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

Tel.: 030.29783132
Büroöffnungszeiten:
Mo. - Do. 16 Uhr - 19 Uhr
Mail: info@dkp-berlin.info

Eure Schrittmacher-Redaktion



Brexit

Die Entscheidung der Briten, die EU zu verlassen, führt zu zahlreichen Diskussionen.

✦ Während bürgerliche Medien und Politiker eher Häme über die Abtrünnigen gossen und versuchten, das Referendumsergebnis als rechtspopulistisch oder nationalistisch darzustellen, bewegt Linke die Frage, ob ein »soziales Europa« oder die Auflösung der EU und die Abschaffung der Gemeinschaftswährung Euro das Ziel linker Politik sein müsse. Klar ist: Die EU, wie sie heute ist, kann für Linke nicht zu verteidigen sein.

Schon früher hatten mehrere Volksabstimmungen in EU-Ländern gegen die EU-Verträge gestimmt, was aber lediglich zu kosmetischen Korrekturen geführt hatte. Diese wurden gar nicht mehr abgestimmt oder so lange, bis eine Zustimmung da war. Demokratie in der EU hat also nur eine begrenzte - von den Interessen der Herrschenden bestimmte - Reichweite. Insbesondere die südeuropäischen Länder wie Griechenland, Spanien und Portugal haben dies - vorangetrieben durch die Bundesregierung - zu spüren bekommen. Über ihre Haushalte können sie kaum bis gar nicht mehr souverän entscheiden, die Arbeitsbeziehungen wurden dekollektiviert und beim Tafelsilber werden beim Verkauf die Verluste sozialisiert und die Gewinne privatisiert - wie im Fall von 14 lukrativen griechischen Flughäfen, die an die deutsche Fraport AG gingen. Das alles

haben die Briten mitbekommen, auch wenn Arbeitsmigration ein beherrschendes Thema war.

In seiner Einschätzung des Referendums betonte der DKP-Vorsitzende Patrik Köbele, dass die EU ein imperialistischer Staatenbund sei, der nicht reformiert werden könne. Deshalb teile die Deutsche Kommunistische Partei die Positionen ihrer britischen Genossen und habe die Entscheidung des Referendums begrüßt. Die britische KP hatte einen »linken Brexit« oder »Lexit« gefordert. Köbele unterstrich, dass objektiv ein Lohndruck durch Zuwanderung da sei. Gerade deshalb aber sei es wichtig, rassistischen Parolen entgegenzutreten. Die Ängste und die Wut der Betroffenen müssten gegen die Verantwortlichen - die imperialistische EU, die NATO und deren Kriegspolitik - gerichtet werden, nicht gegen die Flüchtlinge und Migranten.

Es ist noch gar nicht sicher, was die Konsequenzen des »Brexit« sein werden bzw. ob es überhaupt von der britischen Regierung umgesetzt werden wird. Er ist aber ein ernster Schlag für die politischen »Eliten« auf der Insel, wie der Rücktritt Camerons zeigt, und den Finanzplatz London, der sich um seine Vormachtstellung sorgt. Der »Brexit« stellt eine Chance für die Linke dar. Ob diese sie nutzen kann und wird, wird sich noch zeigen.

Nagelprobe Personalbemessung

Die Umsetzung des Tarifvertrages an der Charité beginnt!

Der Tarifvertrag an der Charité ist in Kraft. Erstmals ist es gelungen, in der Bundesrepublik einen Tarifvertrag für Gesundheitsschutz und Mindestbesetzung durchzusetzen. Es hat sich also bewiesen, dass es sich lohnt zu kämpfen! Ein klug geführter Streik ist immer noch eine wirksame Waffe.

Nun geht es an die Umsetzung des Tarifvertrages. ver.di wird viel Rückenwind und die vorhandenen Strukturen mit den Tarifberatern brauchen, um den Vertrag wirksam werden zu lassen.

Auch die Arbeitgeberseite ist gefordert. Frau Scheeres, Aufsichtsratsvorsitzende der Charité und Wissenschaftssenatorin, dazu: »Die Umsetzung ist jedoch für die Charité ein finanzieller Kraftakt... Wir brauchen endlich eine ausreichende Finanzierung für die notwendige Zahl an Pflegekräften. Hier sind die Gesundheitspolitiker auf Bundes- und Landesebene sowie die Krankenkassen in der Pflicht.«

So richtig es ist, dass wir eine bundesweite, gesetzliche Personalbemessung und eine entsprechende Finanzierung brauchen - einstweilen könnte das Land Berlin die Mehrkosten an der Charité ohne große Not bezahlen, insbesondere, wenn man das Geld nicht durch Prestigeobjekten wie Schlossbauten und nicht nutzbare Flughafenbauten verpulvern würde. Denn Geld ist augenscheinlich genug vorhanden.

1. September: Antikriestag

*Vor 77 Jahren
zettelte Nazideutschland
mit dem Überfall
auf Polen den Zweiten
Weltkrieg an.*

Zwei Jahre später überfiel das faschistische Deutschland die Sowjetunion. 27 Mill. Sowjetbürger wurden Opfer unvorstellbarer Grausamkeiten. Bei der Befreiung Europas vom Faschismus trugen die Völker der Sowjetunion die Hauptlast.

Heute wird Russland wieder als Feind dämonisiert. Die NATO und mit ihr die Bundeswehr sind – trotz anderslautender Zusicherungen – bis zur russischen Westgrenze vorgedrungen. Weitere Truppen und schweres Kriegsgerät sollen stationiert werden. Damit wächst die Gefahr einer unkontrollierbaren Eskalation. Doch Sicherheit in Europa gibt es nur MIT und nicht GEGEN Russland.

Am Antikriegstag wollen wir hierfür ein Zeichen setzen. Die DKP unterstützt die Aktionen der Berliner FRIKO zum Antikriegstag. Geplant ist eine Menschen-Kette. Nähere Infos gibt es zeitnah auf der Homepage der Friko: www.frikoberlin.de



Kontakt & Impressum:

Deutsche Kommunistische Partei
Landesorganisation Berlin
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

Tel.: 030.29783132

Mail: info@dkp-berlin.info

Web: www.dkp-berlin.info

V.i.S.d.P.: R. Perschewski,
Franz-Mehring-Platz 1, Berlin



Solidarität & Kämpfen

*Ein Rückblick auf das UZ-Pressesfest 2016
in Dortmund*

☛ Natürlich gab es auch in diesem Jahr immer mal wieder Regen. Alles andere hätte die Besucher des 19. Pressefestes der UZ (Zeitung der DKP), das vom 1.-3.Juli im Dortmunder Revierpark stattfand, wohl auch verwundert. Denn seit dem ersten 1972 gab es kaum eines, bei dem durchgehend die Sonne schien. Der Stimmung tat das keinen Abbruch.

Was das Festival für viele Linke besonders macht, ist sein nichtkommerzieller Charakter. Keine Wurstbuden professioneller Händler prägen das Bild im Revierpark, sondern Stände der DKP-Landesverbände und befreundeter Organisationen aus dem In- und Ausland. 15 Konzerte 100 politische Diskussionsrunden und Vorträge, 19 Lesungen und Buchvorstellungen sowie 14 Theater- und Kabarettaufführungen stellten zudem ein bombastisches Kulturprogramm dar.

Gäste aus aller Welt

Mehrere zigtausend Menschen kamen denn auch aus allen Teilen der Bundesrepublik in die Ruhrmetropole. Gäste konnte die DKP aus aller Welt begrüßen, etwa aus Kuba, Frankreich, Guayana, Spanien, Palästina, Vietnam und vielen anderen Ländern. Vertreter von 29 kommunistischen Parteien und Befreiungsbewegungen waren gekommen. Die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) lud in einem eigenen

Bereich zu Konzerten und Diskussionen ein. In einem eigenen Zelt informierte die Bundestagsfraktion der Linkspartei über ihre Arbeit, und auch das Zelt der jungen Welt war nahezu durchgehend gut gefüllt.

Der kubanische Sänger Gerardo Alfonso, der auf dem Pressefest mit zwei Präsentationen seine unter anderem von der Zeitung junge Welt präsentierte Tournee durch die Bundesrepublik startete, zeigte sich beeindruckt von der Stimmung: »Das ist toll!«

Erfahrungsaustausch Betriebs- und Gewerkschaftspolitik

Neben dem sozialistischen Kuba stand natürlich der arbeitende Mensch im Mittelpunkt: Beim Branchentreffen »Gesundheitswesen« hatten wir mit zehn oder fünfzehn Leuten gerechnet. Am Ende waren es über 50 TeilnehmerInnen, die meisten aus dem Gesundheitswesen. Wir haben angefangen, uns zu vernetzen – ver.di will ja in die Auseinandersetzung um die Personalbemessung gehen, da muss die Partei ihren Beitrag leisten. Hier fand ein reger Austausch statt. Den ver.di-Stammtisch gab es dann am Sonntag.

Weitere wichtige Themen, die verhandelt wurden, waren natürlich der Rechtsruck in Europa, die Rolle der AfD und der Widerstand gegen Ceta und TTIPP.

Nicht vergessen und vormerken: Demo gegen Ceta und TTIPP am 17. September in Berlin! In zwei Jahren ist das nächste Pressefest.